Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 173 (2007)

Heft: 12

Artikel: Die sicherheitspolitische Herausforderung Iran : der Atomstreit

Autor: Schrödl, Jürgen

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-71177

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

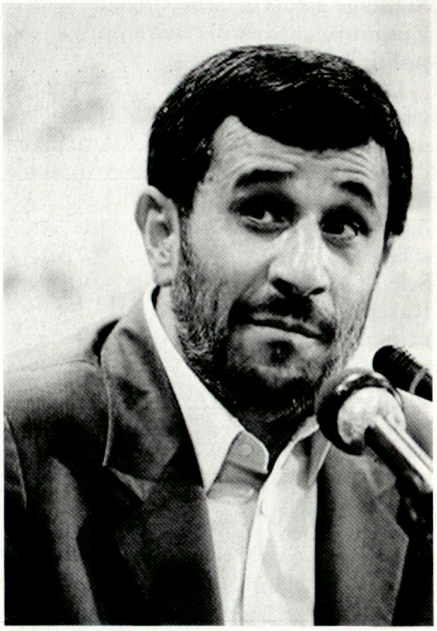
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die sicherheitspolitische Herausforderung Iran – der Atomstreit

Seit dem 9. April 2007 zählt der Iran offiziell zu den Produzenten nuklearer Brennstoffe. Präsident Mahmoud Ahmadinedschad erklärte öffentlichkeitswirksam am «Nationalen Atomtag» in der zentraliranischen Nuklearanlage Natans, dass nun die Autarkie in Bezug auf die Produktion von atomaren Brennstoffen erreicht sei. Der Präsident bekräftigte nachdrücklich das Recht seines Landes als Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrages auf die friedliche Nutzung der Kernenergie. Zugleich kritisierte er entschieden die zuvor von den Vereinten Nationen (VN) im Atomstreit beschlossenen Sanktionen, die den Iran zur Einstellung der Urananreicherung bewegen sollten.
Im nachfolgenden Artikel werden die Bedeutung und die sicherheitspolitischen Herausforderungen des umstrittenen iranischen Atomprogramms näher untersucht. Dabei wird besonderes Augenmerk auf ausgewählte Akteure im Atomstreit gelegt. Die abschliessende Handlungsoptionen aus bundesdeutscher Perspektive sowie die möglichen Szenarien sollen als Denkanstoss verstanden werden und eine mögliche Grundlage für zukünftige Diskussionen darstellen.[1]



Irans streitbarer Präsident Ahmadinedschad, der unter anderem Israel die Existenz abspricht und von dem vermutet wird, dass er nicht nur Nuklearenergie für zivile Nutzung, sondern auch zur Schaffung eigener Nuklearwaffen anstrebt.

Jürgen Schrödl*

Die Regionalmacht Iran und das iranische Atomprogramm

Die Islamische Republik Iran wurde 1979 nach dem Sturz des Schah Reza Pahlavi durch Ayatollah Ruhollah Chomeini ausgerufen. Seine Anhänger gründeten einen schiitischen Gottesstaat, in dem bis heute der Klerus über die Geschicke des Landes wacht. Dieser besteht zum einem aus dem obersten Rechtsgelehrten oder auch Revolutionsführer – aktuell Ayatollah Khamene'i – und aus dem sogenannten «Wächterrat», einem religiösen Gremium, das u.a. die Kandidaten für die Wahl zum Staatsoberhaupt und Regierungschef genehmigt.

Regiert wird das Land von einem gewählten Präsidenten, zurzeit Präsident Mahmoud Ahmadinedschad, wobei die Innen- und Aussenpolitik jedoch entscheidend von den konservativen Geistlichen beeinflusst wird. Über die Zulassung zu den Präsidentschaftswahlen wird ausserdem sichergestellt, dass kein Anwärter auf das Amt den Machtanspruch der religiösen Führer des Iran in Frage stellt. Fehlende Möglichkeiten zur politischen und gesellschaftlichen Partizipation sowie eine stagnierende Wirtschaft mit hoher Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig hoher Geburtenrate stellen heute die schwierigsten innenpolitischen Herausforderungen für das Regime dar. Irans Pro-Kopf-Einkommen hat sich seit 1979 um mindestens 30 Prozent verringert. Mehr als 15 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze, inoffiziellen Angaben zu Folge sogar 40 Prozent. Hinzu kommen rapide steigende Preise für Lebensmittel und Konsumgüter. Das Absinken des Lebensstandards, weit unter das Niveau vor der Revolution, hat die Begeisterung für die Revolutionsidee stark schwinden lassen.[2]

> Mehr als 15 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze, inoffiziellen Angaben zu Folge sogar 40 Prozent.

Die Aussenpolitik wird mit Blick auf die Geschichte des Landes gestaltet, in der sich der Iran stets als Opfer fremder Aggressionen sah und sieht.[3] Nicht nur das religiöse Schisma des Islam führt bis heute zu Konfrontationen mit den sunnitisch dominierten Arabern, auch die Europäer (vor allem Briten und Russen) und später die Amerikaner haben die Interessen des Iran durch ihre Einflussnahmen immer wieder bedroht. Aus Sicht der iranischen Führung stellen sich daher für sie heute drei wesentliche Aufgaben im Nahen und Mittleren Osten:

1. Sicherung des Regimes und seiner geistig-religiösen Grundlagen.
2. Stärkung der geistig-religiösen Position Irans in der Region, um sich als Führungsmacht der schiitischen Gemeinschaft (Schia) zu etablieren.
3. Vorreiterrolle im Kampf gegen Israel, um den Führungsanspruch der Schia im religiösen Diskurs als die einzig wahre Auslegung des Islam auch unter den sunnitischen Massen der arabischen Staaten zu verankern und damit vor allem auch das eigene Regime zu stärken.[4]

Hauptgegner des Iran sind heute die USA, da sie – aus Sicht Teherans – sowohl auf einen Regimewechsel hinarbeiten als auch als Schutzmacht Israels auftreten. Das Bildnis von der «Achse des Bösen», zu der US-Präsident Georg W. Bush den Iran gemeinsam mit Irak und Nordkorea zählt, wird von den herrschenden Mullahs durchaus als Kriegsdrohung verstanden. Formulierungen aus der aktuellen Sicherheitsstrategie der USA 2006 *(National Security Strategy 2006)*, dass der Iran neben Syrien das Rückzugsgebiet für Terroristen und die Hauptbedrohung für die USA sei, erschweren den diplomatischen Umgang und verschärfen die Lage noch zusätzlich. Der Sturz der frei gewählten Regierung Mossadegh 1953 u.a. mit Hilfe der CIA, nachdem die bis dato angelsächsisch do-

*Jürgen Schrödl, Oberstlt i G, Dozent Militärpolitik, Fachbereich Sicherheitspolitik und Strategie, Führungsakademie der Bundeswehr, Clausewitz-Kaserne, D-22585 Hamburg, Deutschland.

[1] Grundlage für den Artikel ist der Bericht einer Arbeitsgruppe des Lehrgangs General- und Admiralstabsdienst 2006 (LGAN) der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, der die Arbeitsergebnisse des Seminars «Sicherheitspolitische Herausforderung Iran – der Atomstreit» des Fachbereiches Sicherheitspolitik und Strategie (SPS) zusammengefasst hat. Vgl. FüAK-Reflexionen, Nr.6 2007, S. 2–8. Der Artikel berücksichtigt die Entwicklungen bis Juni 2007.

[2] Vgl. Amineh, Mehdi Parvizi: Demokratisierung und ihre Feinde im Iran, in: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.), Aus Politik und Zeitgeschichte B9/2004, S. 25.

[3] Vgl. von Radow, Gero; Ladurner, Ulrich, Die Iranische Bombe – Hintergründe einer globalen Gefahr. Hamburg: Hoffmann und Campe, 2006, S.70 ff.

[4] Vgl. von Randow, S. 79 ff.

General Safavi Yahya Rahim, der Kommandant der Revolutionsgarden. Diese zählen um die 100 000 Mann und sind nebst den regulären Streitkräften eine separate Armee. Sie gelten als besonders verlässlich und den Mullahs ergeben.

minierte Ölindustrie nationalisiert wurde, gilt im Iran heute noch als Beispiel für eine aggressive, ausschliesslich an Macht- und Wirtschaftsinteressen orientierte Politik Washingtons.[5] Die USA werden daher nicht nur im religiösen, sondern auch im politischen Diskurs immer wieder als Gegenpol oder Projektionsfläche für Schuldzuweisungen herangezogen und als «der grosse Satan» bezeichnet.

Das Atomprogramm des Iran, das bereits vom Schah Ende der 70er-Jahre initiiert wurde und dank Unterstützung pakistanischer Wissenschaftler[6] in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht hat, gibt

Entsprechend iranischer Stellungnahmen dient das Programm der friedlichen Nutzung der Kernenergie; ein unerlaubtes Waffenprogramm liegt nicht vor.

der Auseinandersetzung mit den USA eine neue militärische und politische Dimension. Entsprechend iranischer Stellungnahmen dient das Programm der friedlichen Nutzung der Kernenergie; ein unerlaubtes Waffenprogramm liegt nicht vor. Das iranische Atomprogramm wird von der internationalen Atomenergieagentur IAEA beaufsichtigt und entspricht allen internationalen Vorschriften.[7] Mit dem Aufbau eines leistungsfähigen Atomsektors soll vor allem die Abhängigkeit der iranischen Wirtschaft von Ölexporten gelockert und der stark steigende Energiebedarf des Landes gedeckt werden, ohne die schwindenden Ölvorräte weiter zu belasten. Die Beherrschung des vollständigen Nuklearkreislaufes und damit die theoretische wie praktische Möglichkeit, Atomwaffen herzustellen, dient der iranischen Führung nicht nur dazu, ihren Führungsanspruch in der Region zu untermauern. Sie gilt zugleich als Garantie zur Verhinderung einer militärischen Intervention der USA und damit als Lebensversicherung des aktuellen Regimes. Neben dem Sturz Saddam Husseins 2003, verbunden mit dem Einmarsch der USA im Irak, haben die milde Behandlung Indiens und Pakistans nach deren Atombombentests 1998 auf der einen und die Entwicklungen im Falle Nordkoreas nach seinem Nukleartest vom 9. Oktober 2006 auf der anderen Seite den Iran in dieser Sichtweise bestärkt und vom Wert eines umfassenden Atomprogramms überzeugt.

Das nukleare Engagement, das vom Bau eines Schwerwasserreaktors in Arak bereits bis zur Urananreicherung gediehen ist und auf das der Iran ein natürliches Recht habe, steht für Teheran nicht mehr zur Debatte.[8] Das Atomprogramm findet in weiten Teilen der iranischen Bevölkerung eine hohe Zustimmung, und sei es nur als Kontrapunkt zum verblassenden Revolutionsgedanken, um nach Jahren der Stagnation den Fortschritt für die Massen auf der Strasse sichtbar zu machen. Die atomaren Ambitionen sind zu einem nationalen und religiösen Symbol für den Willen des Regimes geworden, nach innen wie nach aussen Stärke zu zeigen und den USA auf gleicher Augenhöhe entgegenzutreten. Besonders deutlich wurde dies am 9. April 2007, dem «Nationalen Atomtag» in der zentraliranischen Nuklearanlage Natans. Der damalige iranische Chefunterhändler in Atomfragen, Ali Laridschani, erklärte, dass jetzt 3000 Gaszentrifugen zur Urananreicherung installiert seien. Er drohte mit einer härteren Gangart Teherans, sollten Sanktionen des VN-Sicherheitsrats[9] umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang schloss er auch eine Aufkündigung des Atomwaffensperrvertrags nicht aus. Der Chef der iranischen Atomenergie-Organisation, Gholam-Resa Aghasadeh, sagte, sein Land könne jetzt Uran im industriellen Massstab anreichern und dass nach den fünfjährigen Forschungs- und Testarbeiten nun eine neue Phase der Arbeiten am Atomprogramm beginne.[10]

---

[5] Vgl. von Randow, S.74.

[6] Vgl. von Randow, S.12 ff.

[7] Vgl. *http://www.irib.ir/worldservice/germanradio/default.asp?c=i17339&pn=1* vom 7.5.2007. Alle Zugriffe auch auf die später erwähnten Websites erfolgten am 21.5.2007.

[8] Vgl. Barnes, Bigham: Unterstanding Iran: People, Politics and Power. London, 2006, S. 38.

[9] Am 24. März 2007 verabschiedete der VN-Sicherheitsrat einstimmig die Resolution 1747. Die Resolution 1747 bekräftigt die in der Resolution 1737 vom 23.12.2006 beschlossenen Massnahmen. Sie enthält unter anderem ein Verbot sämtlicher Waffenexporte aus dem Iran, einen Aufruf zur Vorsicht bei Waffenverkäufen an den Iran, einen Aufruf der iranischen Regierung, keine weiteren staatlichen Kredite zu gewähren, mit Ausnahme für humanitäre und Entwicklungszwecke sowie das Einfrieren von Konten von 28 Iranern, die am Atom- und Raketenprogramm arbeiten. Ausdrücklich von allen Sanktionen ausgenommen wurde das von Russland errichtete Atomkraftwerk im iranischen Busher.

[10] Vgl. *http://www.greenpeace-magazin.de/magazin/tagesthemen/tt_list.php?m=20070409* vom 9.4.2007.

Iranische Eliteformationen paradieren vor Präsident Ahmadinedschad, den Mullahs und der Generalität.

Anlässlich der Truppenparade zum Nationalfeiertag 2007 wurde der Öffentlichkeit erstmals das neue Kampfflugzeug des Typs «Saegheh», eine Eigenentwicklung, gezeigt. Diese ähnelt vorne stark dem F-5, das Seitenleitwerk dem F/A-18.

Die amerikanische Position im Atomstreit

Seit dem 444 Tage dauernden Geiseldrama von 1979 in der Teheraner US-Botschaft, welches sich sehr nachhaltig in das amerikanische Bewusstsein eingeprägt hat, existieren keine offiziellen diplomatischen Beziehungen mehr zwischen den USA und dem Iran. Die formale Unterstützung des Iraks durch den Iran im 2. Golfkrieg, als man Flugzeuge des Irak auf iranischem Boden landen liess, hat dabei nicht gerade zu einer Normalisierung im derzeitigen Verhältnis beigetragen. Gemäss der National Security Strategy 2006 wird der Iran neben Syrien als Rückzugsgebiet für Terroristen und als aktuell grösste Bedrohung bezeichnet.[11] Bestätigt wird diese Charakterisierung durch einen Bericht an den US-Kongress, wonach die iranische Bedrohung durch die gezielte Unterstützung bewaffneter Schiitenmilizen im Irak und der Hisbollah im Libanon noch untermauert wird.[12] Die verbalen Entgleisungen von Präsident Mahmoud Ahmadinedschad gegen Israel, bei der er die Auslöschung des Staates Israel fordert («must be wiped off»), verschärfen die Situation zusätzlich.[13] Annäherungsgespräche fanden seit 2003 nur über Vermittler statt, und selbst diese wurden seit der erneuten Aktivierung der Urananreicherung 2003 wieder ausgesetzt.[14]

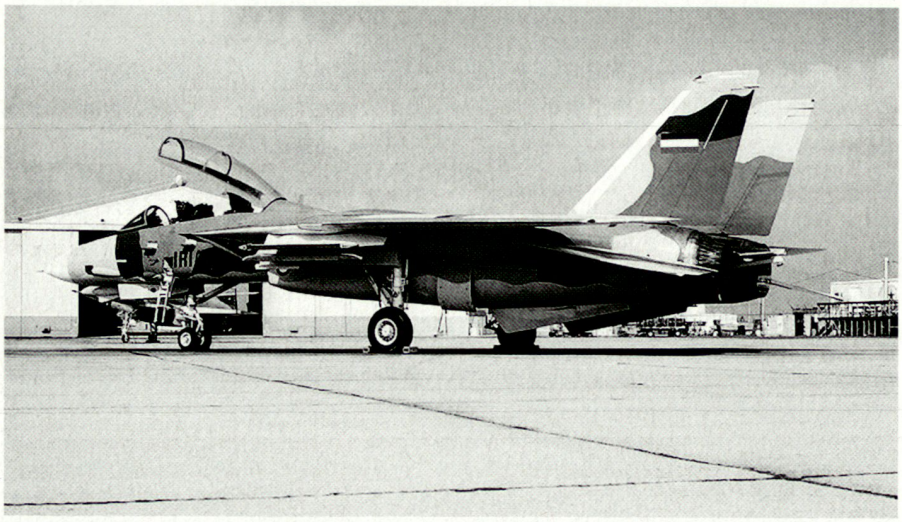
Gemäss der National Security Strategy 2006 wird der Iran neben Syrien als Rückzugsgebiet für Terroristen und als aktuell grösste Bedrohung bezeichnet.

Die diplomatischen Massnahmen der USA werden wirtschaftlich durch eine generelle US-Handelssperre für Exporte in den Iran, Strafzölle auf iranische Importe und US-Sanktionen gegen Wirtschaftspartner des Iran flankiert. Die Marktmacht und Bedeutung der USA als weltweit grösste Volkswirtschaft lässt diese unilaterale Massnahme globale Wirksamkeit erfahren, da ein Engagement im Iran einer Firma den Absatzmarkt USA verwehrt. Auf der internationalen Bühne versuchen die USA andere Regierungen von Handelsrestriktionen gegen den Iran zu überzeugen, um die Wirksamkeit der Sanktionen weiter zu erhöhen. Das zwingt den Iran zunehmend, verdeckte Einfuhren über Drittstaaten vorzunehmen.

Militärisch ist der Iran heute durch US-amerikanische Truppen im Irak, in Afghanistan und im Persischen Golf umgeben. Besondere Bedeutung haben hierbei die eine oder zwei Flugzeugträgergruppen mit begleitenden Kampfschiffen, mehreren Versorgungsschiffen und U-Booten, die Stationierung von Patriot-Waffensystemen in Kuwait und Katar sowie die verstärkte geheimdienstliche Zusammenarbeit mit anderen Golf-Staaten. Insgesamt kann man hier aus amerikanischer Sicht durchaus von einer Strategie des «Containment» sprechen.

Die konventionellen iranischen Streitkräfte stellen in der Region für die USA keine direkte Gefährdung dar. Allerdings kann der Zugang zum Persischen Golf – und damit der freie Zugang zum arabischen Öl – durch iranische Anti-Schiff-Raketenbatterien an der Strasse von Hormuz, durch U-Boote oder Minen jederzeit eingeschränkt, unterbunden bzw. behindert werden. Der derzeitige Stand des Atomprogramms wird nicht als akute Bedrohung gesehen, da aus Sicht der USA von einem Zeitansatz von drei bis fünf Jahren bis zur vollständigen Beherrschung des Nuklearkreislaufs ausgegangen wird. Diese Einschätzung wird auch immer noch durch die Internationale Atomenergieagentur bestätigt.

Langfristig strebt die US-Regierung den «regime change»[15] im Iran an. Auch wenn die Tendenz dazu in der amerikanischen Aussenpolitik nach anfänglichen Aussagen



Noch unter dem Schah-Regime hatte der Iran 80 hochmoderne F-14 «Tomcat» von den USA gekauft. Diese fliegen in reduzierter Zahl noch immer. Trotz Kannibalisierung wird es aber immer schwieriger, die Maschinen einsatzbereit zu halten.

[11] Vgl. THE NATIONAL SECURITY STRATEGY, Washington, 2006, S. 3. ff.

[12] Vgl. US Congress Report System – Report 32048, Washington, 02.04.2007, S. 1 ff.

[13] Vgl. *http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/middle_east/4378948.stm* vom 27.10.2005.

[14] Am 28. Mai 2007 fanden erstmals wieder direkte diplomatische Gespräche auf Botschafterebene zwischen den USA und Iran in der irakischen Hauptstadt Bagdad statt. Allerdings ging es hier ausschliesslich um die Situation im Irak. Alle Punkte in Bezug auf das iranische Atomprogramm wurden ausgeklammert.

[15] Vgl. US Congress Report System – Report 32048, Washington, 2.4.2007, S. 30 ff.

aus dem Jahr 2006 rückläufig zu sein scheint, so sind einige hochrangige US-Offizielle noch immer überzeugt, dass einzig ein Regimewechsel die Bedrohung durch den Iran beseitigen könne. Auf die gesamte Region bezogen wird auch ohne eine Befriedung des Iraks und Afghanistans kein aussenpolitisch «stabiler» Iran zu erwarten sein. Eine partielle Übereinstimmung der Zielsetzungen der USA und des Iran, insbesondere um ein Auseinanderbrechen der beiden Staaten zu vermeiden, lässt sich trotz extremer gegenseitiger Abneigung nicht leugnen. Selbst wenn bisher das strategische Ziel des Iran darin bestanden haben sollte, Zeit für die Entwicklung einer Bombe zu gewinnen, verändern sich durch die zunehmend chaotischere Lage im Irak die Grundlagen der Verhandlungen. Ein möglicher Abzug der US-geführten Streitkräfte aus dem Irak würde im schlimmsten

Langfristig strebt die US-Regierung den «regime change» im Iran an.

Fall ein Vakuum zurücklassen, in dem sich eben nicht nur iranfreundliche Schiiten ausbreiten könnten. Vielmehr droht für den Iran die Einrichtung eines Kurdenstaates im Nordirak und damit die Entstehung eines konkurrierenden Machtzentrums. Weiterhin werden die Sunniten, unterstützt durch Saudi-Arabien, ebenfalls grössere Gebiete beanspruchen. Somit droht ein lange andauernder Bürgerkrieg im Nachbarland, der dann vom Problem der USA zur Herausforderung für die Nachbarländer und damit auch für den Iran würde. Vor die Alternative gestellt, ob im Nachbarland ein relativ schwaches US-geprägtes Regime installiert wird oder ein «failed-state» entsteht, wird die iranische Führung vermutlich das «kleinere Übel» favorisieren, selbst wenn dies den amerikanischen Einfluss in der Region sichert. Vor diesem Hintergrund ist auch das iranische Engagement auf den verschiedenen Konferenzen zum Wiederaufbau und zur Stabilisierung des Irak zu verstehen. So nahmen Delegationen des Iran an der ersten Irak-Konferenz in Bagdad zur Frage, wie die Gewalt im Irak eingedämmt werden könne, an der zweitägigen Konferenz zu den Hilfsmöglichkeiten der zirka vier Millionen irakischen Flüchtlinge am 17./18. April in Genf sowie an der Wiederaufbau- und Sicherheitskonferenz im ägyptischen Sharm-El-Sheikh am 3. und 4. Mai 2007 teil.

Verstärkte diplomatische Bemühungen, neue Partnerschaften in der Welt zu bilden, bzw. alte zu pflegen, sind weiterhin erstrebenswerte Ziele der US-Politik und Teil des «engagements». Zu nennen sind neben den «EU3» (DEU-FRA-GBR) hier die

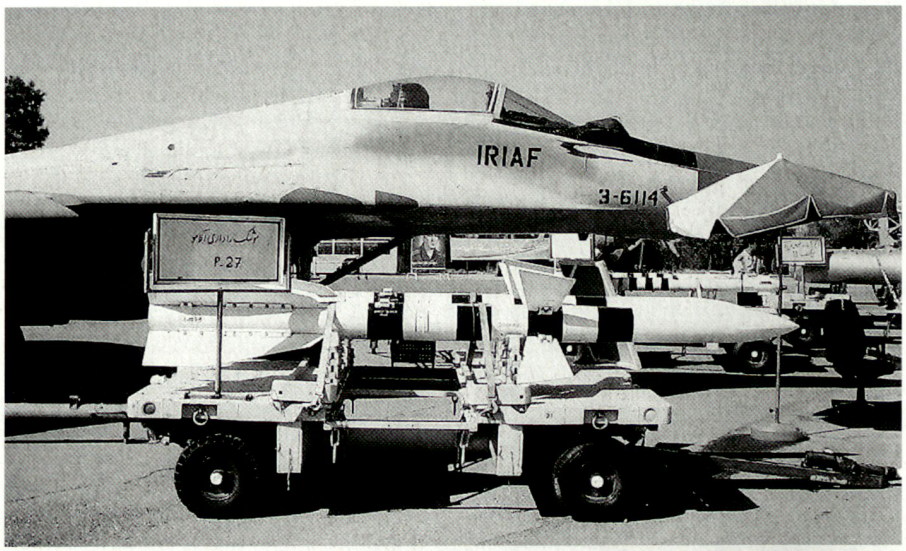
Zu den Beständen des iranischen Heeres gehören auch 50 AH-1J «Cobra»-Kampfhelikopter.

«P(ermanent)5+1»-Gespräche, in welchen die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der VN sowie Deutschland über diplomatische und politische Lösungen im Atomstreit beraten und Lösungsansätze erarbeiten. Im Juni 2006 gestand beispielsweise eine innerhalb der P5+1 abgestimmte Offerte dem Iran prinzipiell zu, Uran im

Die USA haben, wenn auch mit Vorbehalten, ihre Bereitschaft zur Unterstützung solcher Abkommen signalisiert.

eigenen Land anzureichern, sobald die internationale Gemeinschaft Vertrauen in die friedlichen Absichten Teherans gewonnen hat. Das Angebot der P5+1 bot sich als Ausgangspunkt für weitere Abkommen an, welche politische Komponenten, Sicherheitsfragen und wirtschaftliche Aspekte hätte verbinden können. Die USA haben, wenn auch mit Vorbehalten, ihre Bereitschaft zur Unterstützung solcher Abkommen signalisiert. Das Auftreten des Iran in den letzten Monaten und die Behauptung, Uran in industriellem Masse selbst anreichern zu können, haben jedoch dahingehende Hoffnungen enttäuscht und das Vertrauen in die friedlichen Absichten Teherans nachhaltig beschädigt.

Im Rahmen einer gesamtstrategischen Betrachtung ist aus US-Sicht derzeit eine Kombination von «Abschreckung», «containment» in ihrer militärischen und wirtschaftlichen Dimension und dem diplomatischen «engagement», das sogenannte «congagement», die bevorzugte Vorgehensweise. Alle wichtigen Handlungsoptionen sollen offengehalten werden, um nicht in eine unkontrollierte Phase der gegenseitigen Eskalation zu kommen. Gerade die wechselseitige Abscheu, die dem Iran die Bezeichnung «rogue state» und den USA im Gegenzug den Titel «der grosse Satan» einbrachte, verdeutlicht, warum gerade in diplomatischer Hinsicht eine vermittelnde Unterstützung unumgänglich ist.



Russland hat dem Iran insgesamt 25 MiG-25 «Fulcrum»-Kampfflugzeuge geliefert.

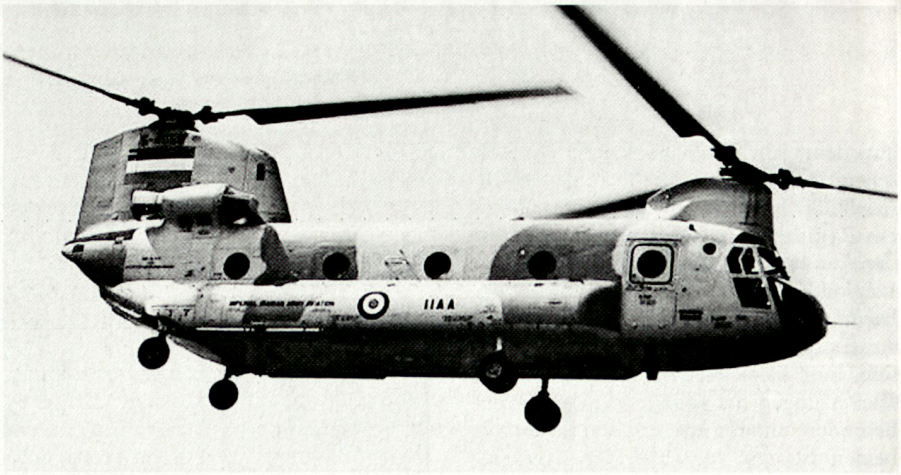
Die Europäisch-Iranischen Verhandlungen – Chronologie des Scheiterns

Nach der Aktivierung der Urananreicherung im Jahr 2003 dominierte der Streit um deren Suspendierung die Verhandlungen mit dem Iran. Alle bisher im Fokus stehenden Themen, wie die Menschenrechtskonvention, spielten von da ab nur mehr eine untergeordnete Rolle. Es kam zu vier grossen Verhandlungsphasen, in welche die Europäische Union (EU) involviert war.

Die erste Verhandlungsrunde fand von Seiten der EU mit den Aussenministern Fischer, Straw und de Villepin im Oktober 2003 in Teheran statt. Der EU-Troika gelang es im Oktober 2003, Teheran zum Aussetzen der Urananreicherung zu bewegen. Die Einigung erschien anfangs den Beteiligten als grosser Erfolg. Der Ausgang und die Ergebnisse der Verhandlung wurden als Zeichen des wachsenden Einflusses der EU im Nahen Osten interpretiert.[16]

Die Einigung erschien anfangs den Beteiligten als grosser Erfolg.

Jedoch wurde ein entscheidender Fehler begangen: Die EU versprach die «Schaffung einer Zone im Nahen Osten, die frei von MVW (Massenvernichtungswaffen) ist».[17] Selbst wenn man von der Problematik mit Israel absieht, war und ist die EU in ihrer primären Eigenschaft als supranationales Wirtschaftsbündnis gar nicht in der Lage, dieses Versprechen zu realisieren. Im Juni 2004, nachdem nur von Seiten des Iran die festgeschriebenen Übereinkünfte umgesetzt worden waren, nahm der Iran die Urananreicherung wieder auf. Im November 2004 kam es dann zum Pariser Abkommen, in dem, objektiv betrachtet, der Iran nochmals die gleichen Auflagen – verschärft formuliert – akzeptieren sollte. Der Iran sollte für die Dauer der Gespräche verbindlich alle zum sogenannten Brennstoffkreislauf gehörenden Aktivitäten suspendieren, das Zusatzprotokoll ratifizieren sowie alle Anlagen, Aktivitäten und Materialien deklarieren und diese den IAEA-Inspektoren zur Verifikation öffnen. Im Gegenzug versprachen die EU3 wirtschaftliche Anreize, versuchten aber den wesentlichen, nicht umsetzbaren Punkt aus der Übereinkunft von Teheran, die Zusage einer Zone frei von Massenvernichtungswaffen, stillschweigend wegzulassen. Die dem Iran zugesagten Gegenleistungen in Fragen der regionalen Sicherheit, der zivilen Nutzung von Kerntechnik sowie der ökonomischen und technischen Unterstützung blieben vage und sollten erst im Laufe der Gespräche im Detail ausgehandelt werden.



Zu den alten Beständen des iranischen Heeres gehören auch 20 CH-47 «Chinook»-Transporthelikopter.

Nach insgesamt neun Monaten Beratung sandte die EU das Pariser Abkommen an den Iran. Bereits zwei Tage später wurde der Vorschlag abgelehnt. Erst nach weiteren vier Monaten kam es wieder zu einem Treffen der EU3 mit einem neuen erfolgversprechenden Ansatz: Einem russisch-iranischen Joint Venture zur Anreicherung von Uran. Die Begeisterung des Iran über diesen Vorschlag hielt sich in Grenzen und führte zu weiteren Rücknahmen der Suspendierungen von anreicherungs- und wiederaufbereitungsbezogenen Aktivitäten des Iran,[18] was politisch gesehen verständlich ist. Die Vorenthaltung von nuklearen Brennstäben trotz vorheriger erfolgter Zahlungen, wenn auch durch den Schah, musste der Iran bereits in der Vergangenheit erfahren.[19] Parallel zu den Gesprächen über die Vorgehensweise im Rahmen der Vereinten Nationen wurde nochmals durch Anreize versucht, den Iran von seinem Atomprogramm abzubringen. Der Iran reagierte sofort. So wurde zum Beispiel das Angebot der Lieferung von Leichtwasserreaktoren mit der Einweihung eines eigenen Schwerwasserreaktors beantwortet. Problematisch ist vor allem, dass der Iran eine Einstellung der Arbeiten am Atomprogramm grundsätzlich erst nach Abschluss von Verhandlungen beabsichtigt und dies nicht als notwendige Verhandlungsvoraussetzung anerkennt.[20]

Am 23. Dezember 2006 beschloss der VN-Sicherheitsrat einstimmig die Resolution 1737 mit der der Iran aufgrund seiner Urananreicherung nach 60 Tagen mit Sanktionen wie die Unterbindung von Technologieimporten oder das Einfrieren von Vermögen belegt wird. Präsident Mahmoud Ahmadinedschad bezeichnete die Resolution als «Schnipsel Papier», mit dem der Westen die Einheit des iranischen Volkes untergraben wolle. Mitte Februar beschlossen die EU-Aussenminister dann die Umsetzung der Sanktionen gegen den Iran.[21] Trotz erheblicher Kontroversen im Vorfeld verständigte sich der VN-Sicherheitsrat am 23. März 2007 schliesslich einstimmig auf die neue Resolution 1747, mit der die bestehenden Sanktionen weiter verschärft wurden. Wieder wurde der Iran aufgefordert, die Urananreicherung innerhalb einer 60-Tage-Frist zu stoppen, was durch die IAEA anhand einer neuerlichen Untersuchung zum Ablauf der Frist überprüft werden sollte. Die Sicherheitsratsmitglieder Indonesien, Katar, Kongo und Südafrika formulierten in der Resolution allerdings Vorbehalte, da sie aus ihrer Sicht die Verschärfung der Sanktionen für wenig sinnvoll erachteten. Der Iran bezeichnete die Resolution als illegal und warf dem Sicherheitsrat vor, er lasse sich von den USA dominieren. Die Wurzel des Streits liege im Streben einiger Länder, das Monopol über die Herstellung von Kernbrennstoffen zu besitzen. Mahmoud Ahmadinedschad rief die Europäer zudem zu einem eigenständigen Kurs auf. Sein Land wolle nicht aus dem Atomwaffensperrvertrag ausscheren und die Sanktionen der Vereinten Nationen mit friedlichen Mitteln abwehren, sagte Präsident Ahmadinedschad Ende April 2007.[22]

Präsident Mahmoud Ahmadinedschad bezeichnete die Resolution als «Schnipsel Papier».

[16] Vgl. Eberle, Sarah, Herausforderungen für das deutsch-französische Tandem, aus: Reihe Deutsch-Französische Strategiegespräche, 2005, S. 1 ff.

[17] Vgl. ebenda S. 4.

[18] Vgl. *www.auswärtiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Abrüstung/IranNukes*, 2006, S.1 f.

[19] Vortrag Dr. Neuneck, Götz, Führungsakademie der Bw, Hamburg, 24.11.2006.

[20] Vgl. *www.campact.de/iran/chronik*, 2006, S. 1.

[21] Vgl. *http://www.dradio.de/aktuell/577133/* vom 24.12.2006.

[22] Vgl. *http://www.kurier.at/nachrichten/ausland/72099.php?from/nachrichten/wirtschaft/72157* vom 24.4.2007.

Die im ersten Halbjahr 2007 amtierende deutsche EU-Ratspräsidentschaft sprach von «grosser Sorge» über die Fortschritte der iranischen Urananreicherung. Eine solche Entwicklung stünde im Widerspruch zu der wiederholt von der Internationalen Atomenergiebehörde und dem VN-Sicherheitsrat verbindlich erhobenen Forderung, alle mit der Anreicherung oder Wiederaufarbeitung von Uran verbundenen Aktivitäten auszusetzen und damit Voraussetzungen für die Aufnahme von Verhandlungen über das iranische Nuklearprogramm zu schaffen. Der Iran müsse sich an die Regeln des Nichtverbreitungsvertrages (NPT) halten.[23] Aus Sicht der EU ist es klar, dass eine Lösung des Atomstreits nur mit Russland gemeinsam gefunden werden kann. Wie weit derzeit die Abstimmungen der EU mit Russland, den Atomstreit betreffend stattfinden, vermag man aber nur zu mutmassen.

Perspektiven für die Europäische Verhandlungsführung

Nachdem die bisherigen Verhandlungen der EU3 mit dem Iran für die Europäer nicht sehr erfolgreich verliefen, stellt sich die Frage nach dem Sinn einer Fortsetzung der Gespräche und die Frage, welche Chancen aus einer weiteren Verhandlungsrunde erwachsen.

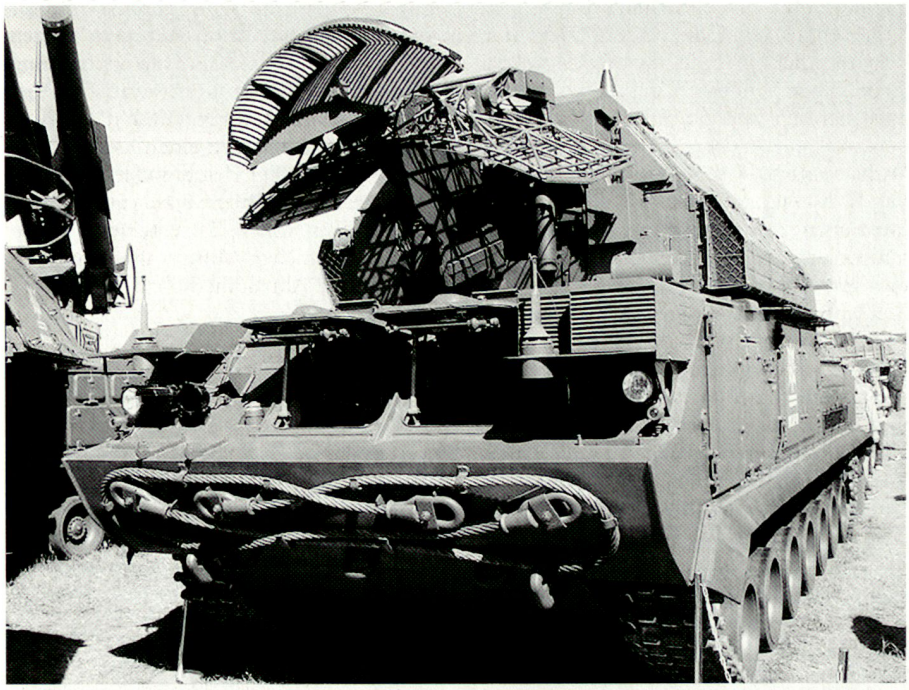
Die EU hat gegenüber den USA gerade im Bereich der internationalen Kooperation und Akzeptanz einen wesentlichen Vorteil. Das Verhältnis zu der «gelenkten Demokratie» Wladimir Putins ist zwar trotz augenblicklicher Spannungen im Vergleich erheblich weniger belastet. Gegenseitige Wirtschaftsbeziehungen und die Rolle der EU als nicht unmittelbar am Konflikt beteiligte Partei – wenige Mitgliedsländer ausgenommen – schaffen die Voraussetzung für die angestrebte Vermittlerrolle. Russland ist hierbei als ständiges Mitglied im VN-Sicherheitsrat von grosser Bedeutung. Neben Russland ist auch eine Einbeziehung Chinas[24] als immer wichtiger werdender weltpolitischer Akteur unerlässlich. Der Iran ist der zweitgrösste Erdöllieferant für China. Erst im Dezember 2006 haben die Volksrepublik China und der Iran eine Vereinbarung zur Erdgasförderung mit einem Investitionsvolumen von 16 Milliarden Dollar unterzeichnet. Anfangs hat sich die Volksrepublik China im Atomstreit noch sehr zurückgehalten. Zwar hat China den Resolutionen des VN-Sicherheitsrates 1737 und 1747 in Bezug auf Sanktionsmassnahmen gegenüber dem Iran zugestimmt, gleichzeitig verstärkt es aber seine diplomatischen Bemühungen zur Beilegung der Konfrontation. China betont dabei stets das Recht des Iran auf die friedliche Erforschung der Kernenergie.

Trotz der schwierigen Interessenslage der wichtigsten Akteure wäre Resignation und ein damit verbundener Rückzug aus Sicht der Europäischen Union zum jetzigen Zeitpunkt falsch und würde eine diplomatische Lösung des Atomkonflikts erschweren. Gerade in Anbetracht der vorher beschriebenen Entwicklungen ist eine Wiederaufnahme und Fortsetzung der Verhandlungen in jeder Hinsicht notwendig, gerade weil eine militärische Lösung wenig Erfolg versprechend ist. Die Europäer können dabei gemeinsam mit Russland und China eine diplomatische Alternative zur Vorgehensweise der USA anbieten. Unabdingbar für eine solche Alternative ist die strikte Einhaltung der dem Iran gegenüber gemachten Zusagen, um nicht jegliche Glaubwürdigkeit einzubüssen. Dabei muss jedoch eines von vornherein klar sein: Ohne abgestimmtes, koordiniertes Vorgehen, um wenigstens nach aussen hin Einigkeit in der Sache zu demonstrieren, ist eine erfolgreiche Verhandlungsführung undenkbar.

Die Europäer können dabei gemeinsam mit Russland und China eine diplomatische Alternative zur Vorgehensweise der USA anbieten.

Ein Erfolg versprechendes koordiniertes Vorgehen kam erstmals in der gemeinsamen Londoner Erklärung der Aussenminister der EU, der USA, Russlands und Chinas vom 30. Januar 2006 zum Ausdruck. Diese sah eine Befassung der IAEA mit dem Iran vor. Ein eventuelles Tätigwerden des VN-Sicherheitsrats sollte von einem Bericht des IAEA-Generaldirektors El Baradei abhängig gemacht werden. Ein entsprechend der Londoner Erklärung vorbereiteter Resolutionsentwurf wurde von den EU am 2. Februar 2006 beim Sondergouverneursrat in Wien eingebracht und nach dreitägigen Verhandlungen am 4. Februar 2006 mit grosser Mehrheit verabschiedet. Die in der Resolution beschlossene Information des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über die Entscheidungen des IAEA-Gouverneursrats zur Lösung des Streits um das iranische Nuklearprogramm liess bewusst Raum für eine Fortsetzung der diplomatischen Bemühungen. Gerade hier können aktuelle Anknüpfungspunkte gefunden werden.

Geschlossenheit ist eine Grundvoraussetzung für den Erfolg – dies gilt insbesondere für die Abstimmung der EU3 mit den restlichen Staaten der Europäischen Union. Hier muss das Einzelinteresse jedes Mitgliedstaates zugunsten einer kohärenten Gesamtstrategie der EU zurückstehen. Grossbritannien kommt eine Schlüsselrolle zu, da es aufgrund seiner aktiven Kriegsteilnahme im Irak und seiner «Special-Relationship» mit den USA eher in der Lage ist, die USA von der Notwendigkeit einer Verhandlungslösung in enger Zusammen-



Russland hat dem Iran auch 29 hochmoderne TOR-M1-Fliegerabwehrsysteme in Aussicht gestellt.

[23] Vgl. *(http://www.3sat.de/3sat.php?http://www.3sat.de/boerse/magazin/94700/index.html* und *http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,473984,00.html*

[24] Vgl. Harnisch, Sebastian, Nichtverbreitungsbrief 03/2005, Universität Trier, 2005, S. 165.

Im iranischen Heer stehen gemäss *Military Balance 2007* 480 Kampfpanzer des russischen Typs T-72 im Einsatz.

arbeit mit der EU zu überzeugen. Dieser Schritt ist notwendig, weil die EU zwar in der Lage ist, wirtschaftliche Anreize für den Iran zu bieten, akzeptable Sicherheitsgarantien[25] für den Iran sind aber nur mit und durch die USA möglich. Diese Vereinbarungen müssten eventuell bilateral zwischen den USA und dem Iran vereinbart werden und könnten langfristig den Einstieg in eine regionale Sicherheitsarchitektur des Nahen und Mittleren Ostens ermöglichen. Ohne Garantien und damit der aussenpolitischen Sicherheit, die sich auch in einen innenpolitischen Erfolg umwandeln lässt, wird der Iran keiner Lösung zustimmen.

Geschlossenheit ist eine Grundvoraussetzung für den Erfolg.

Die EU steht somit eigentlich in einer attraktiven Ausgangsposition. Die Rollenverteilung des «good cop» EU und der Amerikaner als stark geschwächter «bad cop» bietet bei genauer Abstimmung unter Berücksichtigung eines komplexen multilateralen Ansatzes gute Erfolgsaussichten. Die «Süddeutsche Zeitung»[26] meldete am 22. November 2006 unter der Überschrift «Iran strebt nach Vormachtsstellung», dass der Iran an einer Wiederbelebung der Gespräche mit den Europäern interessiert sei. Da die Wirtschaftskontakte der EU im Gegensatz zu denen der USA nie ganz abgebrochen wurden, so ist Deutschland der wichtigste Handelspartner des Iran, scheint eine Annäherung nicht ausgeschlossen. Am 25. April 2007 trafen sich in Ankara der EU-Aussenbeauftragte Solana und der iranische Atomunterhändler Laridschani zum ersten Mal seit Monaten wieder zu Gesprächen. Es ging dabei weniger um konkrete Angebote, sondern vielmehr darum, herauszufinden, inwieweit beide Seiten bereit sind, sich aufeinanderzu zu bewegen. Ob die Europäische Union derzeit erfolgreich vermitteln kann, bleibt abzuwarten. Zum einen wird es an dem Erfolg der direkten Gespräche zwischen der EU und dem Iran gemessen werden müssen, zum anderen daran, ob das Weisse Haus sich bereit zeigt, Vorschläge der Europäer zu berücksichtigen und Verhandlungswege zu finden, die auch von China und Russland mitgetragen werden. Trotzdem ergeben sich aus den unterschiedlichen Optionen der bisher beleuchteten Akteure verschiedene Ableitungen für die Zukunft, die es zu betrachten gilt.

Handlungsoptionen und mögliche Szenarien im Atomstreit

Die bisherigen Ausführungen haben deutlich werden lassen, wie komplex die Problematik ist. Eine Vielzahl von Akteuren mit unterschiedlichen Interessen in Kombination mit einer nur begrenzten Kalkulierbarkeit im Handeln erschwert eine Lösungsfindung im iranischen Atomstreit beträchtlich. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in den zurückliegenden Jahren im Rahmen der EU3 mit einem multilateralen Ansatz intensiv um eine Lösung des Konflikts bemüht. Um diese intensiven deutschen Anstrengungen zu verstehen, muss man sich der deutschen Beweggründe bewusst werden.

Deutsche Interessen und die Politik im Nahen Osten werden heute im Zeitalter der Globalisierung durch vier Hauptmotivationen bestimmt: Zum einen die Erkenntnis, dass der arabische Raum eine signifikante Bedeutung für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und damit auch ganz Europa hat. Dazu kommt die Wahrung nationaler Wirtschaftsinteressen auf den stetig steigenden Absatzmärkten der Region. Von konstant wachsender Wichtigkeit ist zusätzlich die Sicherung der Versorgung mit wichtigen Primärenergieträgern, ohne dabei den Anspruch zu erheben, über deren Quellen auch zu bestimmen. Als Kernelement wird das politische Handeln der deutschen Regierung schliesslich durch den Wunsch nach friedlicher Koexistenz der arabischen Welt mit Israel bestimmt, wobei dem Existenzrecht Israels absolute Priorität eingeräumt wird.

Die Bundesrepublik Deutschland hat nicht die Absicht, dem Iran das Recht auf die friedliche Nutzung der Kernenergie zu verweigern. Ziel der deutschen diplomatischen Bemühungen ist es, den Iran als zuverlässigen und verantwortungsbewussten Partner in der krisengeschüttelten Region des Mittleren Ostens zu gewinnen.[27] In diese Richtung gehen auch die aktuellen Bemühungen der deutschen Bundesregierung zur Multilateralisierung des Brennstoffkreislaufs mit dem Vorschlag einer multilateralen, von der IAEA kontrollierten Anreicherungsanlage.[28] Bundesaussenminister Steinmeier erklärte dazu im April 2007: «Darum setze ich darauf, dass der Iran zur Einsicht kommt und in die Lebenschancen seiner jungen Bevölkerung investiert, statt einen Rüstungswettlauf in der Region anzustacheln. Ich kann Ihnen versichern: Die Bundesregierung wird alles tun, um den Frieden in dieser Region zu fördern – mit der Wiederbelebung des Nahost-Quartetts, durch Dialog mit Israel und den arabischen Staaten, aber auch durch Festigkeit und Gesprächsangebote gegenüber Iran.»[29] Zur Problemlösung muss Deutschland seine guten Beziehungen zu den beteiligten Akteuren nutzen, wissend dass Deutschland alleine mit einer Mittlerrolle überfordert wäre.[30] Auch wenn Deutschland theoretisch das gesamte Handlungsspektrum, vom Dialog über Sanktionen bis zur Beteiligung an militärischen Aktionen, offensteht, muss es Ziel des weiteren Handelns sein, bei allen be-

Zur Problemlösung muss Deutschland seine guten Beziehungen zu den beteiligten Akteuren nutzen.

[25] Vgl. von Randow, S.166.

[26] Vgl. Chimelli, Rudolph, Dreiergipfel in Teheran – Iran strebt nach Vormachtstellung, Süddeutsche Zeitung vom 22.11.2006.

[27] Vgl. Auswärtiges Amt, «Keine Atomwaffen im Iran-Interview mit Karsten D. Voigt, «Deutschlandfunk», 8.8.2005.

[28] Vgl *http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Meldungen/2007/070502-IAEO.html* vom 2.5.2007.

[29] Eröffnungsrede von Bundesaussenminister Steinmeier zur Konferenz aus Anlass des 10-jährigen Bestehens des Chemiewaffen-Übereinkommens (CWÜ) im Auswärtigen Amt in Berlin, vgl. *http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2007/070425-CWUE.html* vom 25.4.2007.

[30] Vgl. Auswärtiges Amt, «Der Schlüssel liegt jetzt in Teheran» – Interview mit Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier im ZDF heute journal, 4.4.2006.

troffenen Akteuren auf eine diplomatische Lösung des Problems zu drängen.

Im Rahmen möglicher Dialoge muss Deutschland trotz der wieder intensivierten transatlantischen Kooperation darauf bedacht sein, Handlungsfreiräume zu erwirken, um die festgefahrene diplomatische Situation neu zu beleben. Insbesondere im Falle eines Scheiterns der diplomatischen Bemühungen würden sonst zwangsläufig Begehrlichkeiten bei militärischen Optionen geweckt, die in der deutschen Bevölkerung derzeit keinen Rückhalt finden würden. Im Folgenden werden vier mögliche Szenarien für die weitere Entwicklung im Atomkonflikt generiert und in ihren Auswirkungen bewertet.

Erstes Szenario: Ein Präventivkrieg gegen den Iran

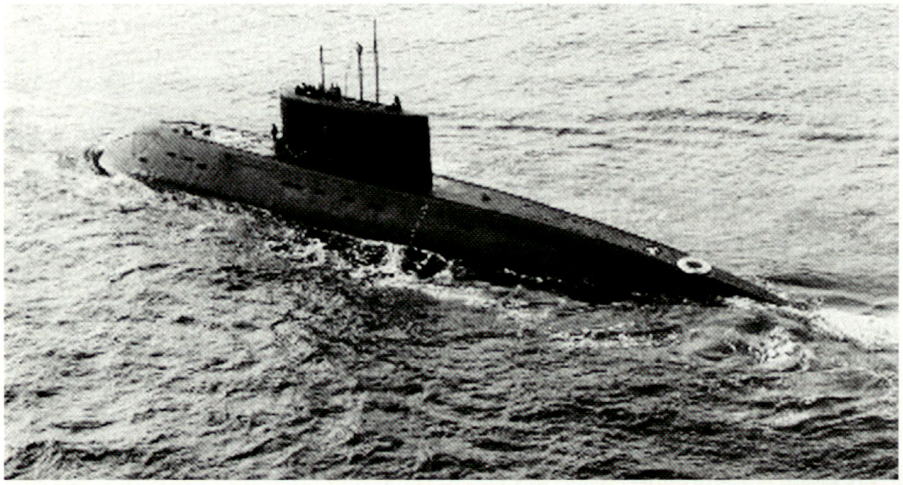
Ein aus bundesdeutscher Sicht derzeit eher ungeeignetes Mittel zur Problemlösung ist ein militärischer Lösungsversuch. Auch wenn eine Besetzung des Iran durch Bodentruppen momentan unwahrscheinlich erscheint, ist die Durchführung von gezielten Luftschlägen für viele, vor allem amerikanische Experten ein durchaus vorstellbares Szenario.[31] Neben den USA könnte besonders Israel eine militärische Lösung in Betracht ziehen. Äusserungen von beiden Akteuren machen zumindest deutlich, dass eine militärische Option im Falle des Scheiterns der Verhandlungen möglich ist. Die israelische Regierung hat wiederholt betont, dass sie keine Nuklearwaffen im Iran dulde. Der britischen «Sunday Times» zufolge erarbeitete der Staat Israel bereits Pläne zur gezielten Zerstörung iranischer Anreicherungsanlagen durch taktische Nuklearwaffen.[32] Neben den besonders berechtigten völkerrechtlichen Bedenken der Unzulässigkeit von Präventivschlägen sind es zusätzlich noch wichtige operative und strategische Faktoren, die einen Militärschlag in Frage stellen. Im Gegensatz zur Bombardierung des relativ ungeschützten irakischen Osirak-Atommeilers im Jahr 1981 durch die israelische Luftwaffe stellt im Falle des Iran ein Erfolg versprechendes «Targeting» eine

> Neben den USA könnte besonders Israel eine militärische Lösung in Betracht ziehen.

deutlich grössere Herausforderung dar. Als Beispiel lässt sich das angeblich von Israel ausgegebene militärische Ziel in Natans anführen, welches zum einen durch modernste Flugabwehrsysteme russischer Bauart geschützt ist und wo zum anderen die Urananreicherungsanlagen unterirdisch und verbunkert sind. Die von der «Sunday Times» zitierten israelischen Pläne zur Zerstörung von verbunkerten Anreicherungsanlagen im Iran mittels «bunkerbusters» sehen vor, dass zunächst durch konventionelle, lasergesteuerte Bomben «Tunnel» aufgesprengt werden sollen, welche dann den Einsatz sogenannter «mini-nukes» ermöglichen könnten, damit auch alle verbunkerten Ziele vollständig zerstört werden könnten und die radioaktive Verseuchung in der Umgebung so gering wie möglich gehalten werden kann. Neben den grundsätzlichen Bedenken des Einsatzes von Atomwaffen birgt eine militärische Lösung auch ohne Atomwaffen aus strategischen Gesichtspunkten zwei Problemfelder: Zum einen ist davon auszugehen, dass selbst ein erfolgreicher Luftschlag lediglich einen Zeitgewinn darstellen würde und damit nur eine aufschiebende Wirkung hätte. Gemäss der Einschätzung des britischen Nuklearwaffenexperten und Beraters der Oxford Research Group Frank Barnaby könne ein Militärschlag den Prozess zum Bau von Nuklearwaffen im Iran sogar vorantreiben, da die inländische Unterstützung für das Programm und der nationale Wunsch nach Besitz von Atomwaffen steigen könne. In dem von Barnaby entworfenen Szenario werde der Iran dann aus dem Nichtverbreitungsvertrag aussteigen und alle erforderlichen Massnahmen treffen, um so schnell wie möglich in den Besitz von ein oder zwei Atomwaffen zu kommen.[33] Die Erfahrungen mit dem Irak haben gezeigt, dass die Zerstörung von wichtigen Anlagen kein Garant für eine dauerhafte Abkehr von der Nukleartechnologie bedeutet, sondern bestenfalls einen Zeitaufschub gewährt. Zum anderen hätte ein Militärschlag unweigerlich eine Reaktion der iranischen Regierung zur Folge. Gemäss dem Sprecher des iranischen Aus-

> Die Erfahrungen mit dem Irak haben gezeigt, dass die Zerstörung von wichtigen Anlagen kein Garant für eine dauerhafte Abkehr von der Nukleartechnologie bedeutet.

senministeriums, Mohammed-Ali Hosseini, würde jeglicher Angriff auf den Iran eine schlagkräftige Reaktion nach sich ziehen.[34] Mit innenpolitischem, patriotisch geprägtem Rückenwind könnten die Mullahs aus Teheran zur Vergeltung aufrufen, die sich wahrscheinlich in einem fanatischen und nicht beherrschbaren Staatsterrorismus äussern würde.



Der Iran hat von Russland drei hochmoderne konventionelle U-Boote der «Kilo»-Klasse erworben. Sie entsprechen dem russischen Typ 877. Diese stellen eine durchaus Ernst zu nehmende Gefahr für die westlichen Seestreitkräfte im Persischen Golf und Arabischen Meer dar.

Zweites Szenario: Der Iran wird mittelfristig Atomwaffenstaat

Der Iran als Atomwaffenstaat würde unweigerlich eine verhängnisvolle Kette von Handlungen anderer Akteure nach sich ziehen. Das nuklear bewaffnete Israel, das sich als Antwort auf eine iranische Atombombe wahrscheinlich offiziell zu seinen

[31] Vgl. US Congress Report System – Report 32048, Washington, 2.4.2007 sowie Fletcher, Michael und Keith Richburg. «Bush Tries to Allay E.U. Worry Over Iran», Washington Post, 23. Februar 2005.

[32] Vgl. Uzi Mahnaimi und Sarah Baxter «Revealed: Israel plans nuclear strike on Iran», in The Sunday Times, 7. Januar 2007.

[33] Vgl. Gordon Corera, Iran: Can a military strike work?, 5. März 2007, *http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/6414771.stm.*

[34] Vgl. *http://www.focus.de/politik/ausland/nahost/israel_nid_42213.html* vom 7.1.2007.

Atomwaffen bekennen würde,[35] wäre neben der Atommacht Iran ein weiteres Argument für Länder wie Saudi-Arabien, Syrien und Ägypten, ebenfalls die nukleare Rüstung bzw. eigene Atomprogramme aufzunehmen. Ägypten hat beispielsweise bereits in den frühen 60er-Jahren, als Israels Atomprogramm bekannt wurde, vergeblich China und die UdSSR um Hilfe bei der Entwicklung von Atomwaffen ersucht. Nach dem Krieg von 1967 unterzeichnete Ägypten den Nichtverbreitungsvertrag in der Hoffnung, Israel werde folgen. Nach dem Friedensvertrag mit Israel 1979 und der Ratifizierung des NPT-Vertrages 1981 war regelmässig über den Ausbau ziviler Atomkraft in Ägypten gesprochen worden. Kürzlich hat der ägyptische Energieminister Hassan Younes bestätigt, dass Ägypten den Bau eines 1000-Megawatt-Reaktors in EL-Dabaa mit ausländischer Unterstützung plant. Offiziell begründet Ägypten die Pläne zur zivilen Nutzung der Atomkraft mit dem jährlich um sieben Prozent steigenden Energieverbrauch. Beobachter schätzen jedoch, dass die Wende in der Atompolitik auch innenpolitische Gründe hat, da mit dem ägyptischen Nuklearprogramm die regionale Balance im Zusammenhang mit dem Iran gewahrt werden kann.[36] Bei Saudi-Arabien, das mit zirka 27 Milliarden Dollar das grösste Budget für Verteidigungsausgaben in der Region besitzt, wird mittlerweile schon offen vermutet, dass es selbst Atomwaffen zur Sicherung des regionalen Gleichgewichts und zur Abschreckung erwirbt bzw. sich den Zugriff darauf sichern will.[37] Insgesamt würde eine unüberschaubare und unkontrollierbare nukleare Aufrüstung des Nahen und Mittleren Osten die sicherheitspolitische Stabilität in der Region nicht verbessern. Parallel mit der nuklearen Waffentechnik stellt die Unkalkulierbarkeit der iranischen Regierung ein gravierendes Problem dar, wenn zum Beispiel die von ihr propagierte Politik der Vernichtung Israels nicht nur innenpolitischen Zielen dienen sollte, sondern eine reale Handlungsoption darstellt.

Eine atomare Bewaffnung des Iran würde wohl auch die endgültige Erosion des Nichtverbreitungsregimes implizieren.

Eine atomare Bewaffnung des Iran würde wohl auch die endgültige Erosion des Nichtverbreitungsregimes implizieren, das bereits durch die Nordkoreakrise erheblichen Schaden erlitten hat. Der Vertrag allein kann aber für die aktuellen Verhandlungen mit dem Iran nur als Ausgangspunkt dienen, mit dem Ziel wieder zu seinen Prinzipien zurückzukehren, um die friedliche Nutzung der Atomenergie zu garantieren. Der NPT-Vertrag verbunden mit seiner weltweiten Akzeptanz soll den Bau neuer Atomwaffen und das Entstehen neuer Atommächte durch ein strenges Inspektionsregime der IAEA verhindern. Die Mängel bei der Kontrolle und der Umsetzung des Vertrages müssen beseitigt werden. Gerade auf den letzten Aspekt muss im Zusammenhang mit dem Iran zukünftig international mehr Wert gelegt werden.

Zum Inventar der iranischen Streitkräfte gehört auch die Luftabwehrrakete «Rapier». 30 Werfer sollen vorhanden sein.

Drittes Szenario: Die mittelfristige, kalkulierte Zweideutigkeit

In diesem sicherheitspolitisch schwer kalkulierbaren Szenario setzt der Iran seine nukleare Rüstung trotz eines umfangreichen Sanktionsregimes fort. Noch gibt es zwar keine konkreten Beweise, dass der Iran tatsächlich an einem Atomwaffenprogramm arbeitet, aber durch die Anreicherung hat sich der Iran bezüglich seiner Glaubwürdigkeit und seiner Verlässlichkeit bereits ins internationale Abseits manövriert. Am 18. April 2007 berichteten verschiedene Medien, dass der Iran entgegen den Forderungen der Vereinten Nationen bereits jetzt in einer Urananreicherungsanlage die nukleare Brennstoffproduktion gestartet habe. Wie aus einem vertraulichen Schreiben der IAEA hervorgeht, seien derzeit insgesamt bereits acht Kaskaden mit jeweils 164 Gaszentrifugen, also insgesamt 1312 Gaszentrifugen, in der unterirdischen Anlage in Natans in Betrieb. Ende Juni 2007 seien bereits 3000 Zentrifugen Uran angereichert gewesen.[38] Sollte der Anreicherungsprozess hin zu waffenfähigem Uran fortgesetzt werden, muss auch ohne scharfe Atomwaffentests ab einem bestimmten Zeitpunkt von einer atomaren Waffenkapazität des Iran ausgegangen werden. Diese Unwissenheit über den Entwicklungsstand des iranischen Programms kann zu einer faktischen Unangreifbarkeit des Iran führen. Dies ist ein Umstand, der dem Iran in der Region eine erheblich verbesserte Machtposition einräumen würde. In Fachkreisen wird davon ausgegangen, dass bei der jetzigen Zentrifugenanzahl ab 20 Monaten Dauerbetrieb die Menge an hochangereichertem Uran hergestellt sein könnte, die man für die Produktion einer Atombombe benötigt.[39]

Diese Unwissenheit über den Entwicklungsstand des iranischen Programms kann zu einer faktischen Unangreifbarkeit des Iran führen.

Die Handlungsoptionen der USA und der anderen Akteure, wie beispielsweise Deutschland oder der EU als Ganzes, würden insbesondere in ihrer militärischen

[35] Der israelische Regierungschef Ehud Olmert erwähnte zwar in einem Interview Atomwaffen, will aber alles nicht so gemeint haben. Er bekräftigte den unveränderten Standpunkt Israels. Vgl. Spiegel-Online, Atomwaffen-Andeutung, 12.6.2006.

[36] Vgl. Moran, Dominic, Egypt goes nuclear amid regional tensions, 20.09.2006, *http://www.isn.ethz.ch/news/sw/details.cfm?id=16724*.

[37] Vgl. *http://www.globalsecurity.org/org/news/2007/070217-saudi-nukes.htm*.

[38] Vgl. Zumach, Andreas, Nuklearstreit mit Iran eskaliert weiter, in: Die Tageszeitung, vom 25.5.2007, S. 9.

[39] Vgl. Sommer, Jerry, Raus aus der Sackgasse, *http://www.bicc-bonn.org/publications/focus/4_iran/focus_4_iran%20.pdf*, April 2007.

Komponente an Glaubwürdigkeit verlieren. Aber auch stärkere – mehr als nur symbolisch gemeinte – Sanktionsmechanismen wirtschaftlicher oder diplomatischer Natur würden ein latentes Eskalationsrisiko – vergleichbar der historischen Situation des «Kalten Krieges» – in sich bergen. Militärische Aktionen würden unkalkulierbare Risiken für alle Seiten implizieren und ein Aufruf zum Verzicht auf atomare Waffen bei der heutigen iranischen Regierung wenig Einsicht und Erfolg versprechen. Geostrategisch betrachtet, müsste im Nahen und Mittleren Osten ein neue Machtbalance mit den wichtigsten Akteuren, darunter natürlich dem Iran, den USA, Israel, aber auch Ägypten, Saudi-Arabien, gefunden werden. Ob diese Balance unter dem oben angesprochenen Szenario friedlich erreicht werden kann, erscheint derzeit mehr als fraglich und müsste noch eingehender untersucht werden.

Viertes Szenario: Die Gewährung von gegenseitigen Sicherheitsgarantien verbunden mit wirtschaftlichen Anreizen

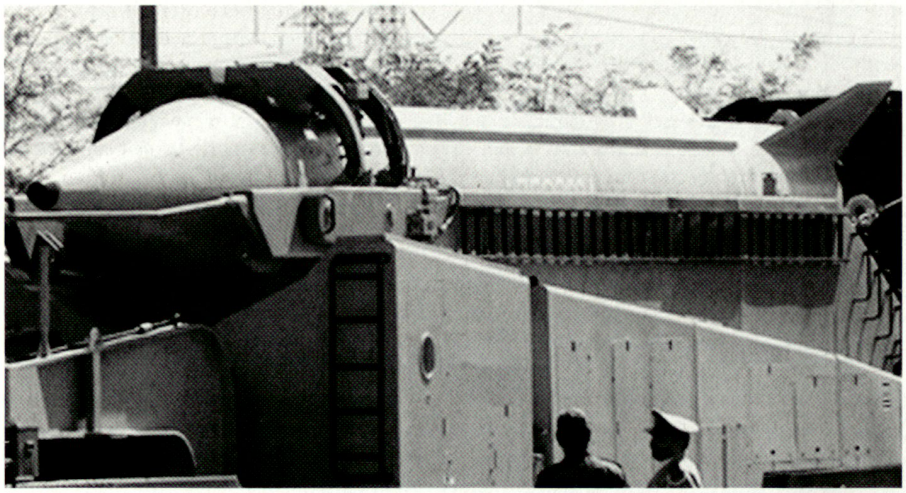
Hauptakteur im vierten Szenario sind die USA. Nur sie können dem Iran relevante Sicherheitsgarantien geben und dementsprechend den internationalen Konflikt entschärfen. Sicherheitsgarantien durch die Bundesrepublik Deutschland oder die EU ausgesprochen, sind für den Iran nicht von Relevanz, da eigentlich nur die USA und Israel von Seiten des Iran als Bedrohung aufgefasst werden. Der Iran müsste neben dem Verzicht auf eine atomare Bewaffnung auch Sicherheitsgarantien gegenüber Israel aussprechen und konstruktiv an einer friedlichen Entwicklung im Irak mitwirken. Das Angebot Russlands, eine Urananreicherung für den Iran sicherzustellen, kann dabei eine entscheidende Rolle spielen, müsste aber ebenfalls Liefergarantien beinhalten. Der Brennstoffkreislauf würde durch die Umsetzung eines solchen Vorschlags praktisch multilateralisiert. Dieses erstrebenswerte Szenario erfordert es, mit wirtschaftlichen Anreizen für den Iran attraktiver gestaltet zu werden, da der Iran auf sein völkerrechtlich verbrieftes Recht der Urananreicherung verzichten müsste. Die Lieferung von dringend benötigten Luftfahrzeugersatzteilen und eine unter der Kontrolle der Internationalen Atomenergieorganisation stehende Unterstützung bei der zivilen Nutzung der Kernenergie können hier beispielhaft genannt werden. In diesem von den Akteuren viel Handlungsbereitschaft abverlangenden politischen Umfeld könnte sich die Bundesrepublik Deutschland diplomatisch besonders einbringen. Der deutsche Aussenminister Frank-Walter Steinmeier hat in einem Handelsblatt-Artikel vom 2. Mai 2007 einen interessanten Vorschlag unterbreitet. Dieser Vorschlag könnte es möglich machen, Kernenergie friedlich zu nutzen, ohne die Möglichkeit zu erlangen, Atomwaffen herzustellen. Die Idee: der Bau einer Urananreicherungsanlage unter Hoheit und Kontrolle der IAEA. Der Standort der Anlage sollte von allen Mitgliedern des NPT-Vertrages akzeptiert werden und der Gaststaat tritt dafür klar definierte Hoheitsrechte an die IAEA ab. Gemäss Steinmeier entstände so ein exterritoriales Gebiet, ähnlich der Vereinten Nationen in New York. Die Aufgabe der IAEA läge in der Entscheidung über die Weitergabe des angereicherten Materials in Abhängigkeit einer möglichen Missbrauchsgefahr. Der Betrieb der Anlage, die Finanzierung und Leitung, solle von einem unabhängigen, multinationalem Management geführt werden. Mit diesem Vorschlag, so Steinmeier, werde niemandem die Anreicherung von Uran verboten, die Wirtschaftlichkeit der Anreicherung in den Vordergrund gestellt und so die Sicherheit der Energieversorgung für alle gewährleistet.

Die Idee: der Bau einer Urananreicherungsanlage unter Hoheit und Kontrolle der IAEA.

Fazit

Alle Akteure, der Iran, die USA aber auch die EU sowie Russland, China und die VN stehen jetzt in der Verantwortung. Die Komplexität der Technik und des Produktionsprozesses von atomwaffenfähigem Material sowie die unterschiedlichen Interessenslagen der beteiligten Akteure erleichtern die Lösungsfindung nicht. Die Entscheidung für Stabilität und Frieden im gesamten Nahen und Mittleren Osten erfordert Mut, Flexibilität und den Willen zu handeln. Ziel muss der zügige Einstieg in substanzielle Verhandlungen ohne Vorbedingungen sein. Ein Erfolg ist nur zu erzielen, wenn sich alle Akteure vor allem in den Medien als Gewinner darstellen können, selbst wenn im Zuge eines Kompromisses von allen Seiten Zugeständnisse gemacht werden müssen. Bei der Lösung des iranischen Atomstreits kommt es aber auch darauf an, Ruhe zu bewahren, und nicht überstürzt und damit für die beteiligten Akteure unberechenbar zu handeln. Allerdings ergibt sich aus der fortschreitenden nuklearen Entwicklung des Iran ein enges Zeitfenster für das anzustrebende vierte Szenario gegenseitiger Sicherheitsgarantien. Nach Ablauf von maximal drei bis fünf Jahren ist nur noch eines der ersten drei Szenarien wahrscheinlich, wobei die Gefahr immer besteht, dass einer der Akteure bereits viel früher unilaterale und unrevidierbare Entscheidungen trifft. Damit würde der Handlungsspielraum für alle Akteure dramatisch verkürzt, und Sicherheit und Frieden im Nahen und Mittleren Osten mit Implikationen weltweit wären stark gefährdet. ●

Die Entscheidung für Stabilität und Frieden im gesamten Nahen und Mittleren Osten erfordert Mut, Flexibilität und den Willen zu handeln.



Ein auf der nordkoreanischen Rakete «Nodong» basierendes iranisches Derivat ist diese einstufige Mittelstreckenrakete des Typs «Shahab 3». Diese weist eine Reichweite von 1300 km auf, eine neue Variante «Shahab 4» soll gar 1900 km weit fliegen. Damit würde sie – dereinst möglicherweise mit einem Nukleargefechtskopf ausgerüstet – für Israel eine existenzielle Gefahr bedeuten.